

den. Die zweifelhafte Persönlichkeit Filarets schien die politischen Institutionen nicht zu stören, die von früher mit ihm nur die besten Erfahrungen hatten.

Patriarch Mstyslaw zögerte längere Zeit, distanzierte sich dann aber in einer Erklärung vom 20. Oktober 1992 eindeutig vom sogenannten Vereinigungskonzil, dessen Beschlüsse er für ungültig erklärte. Nur ein Teil der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche in Galizien hatte die „Vereinigung“ mitvollzogen; drei autokephale Bischöfe hatten sich sogar der Jurisdiktion des mit Moskau verbundenen Metropoliten Wolodimir unterstellt. Trotz massiver Unterstützung durch die staatlichen Instanzen und die Medien in der Ukraine gelang es Filaret nicht, größere Teile der früher von ihm geleiteten Ukrainischen Orthodoxen Kirche hinter sich zu scharen. Wieder kam es zu Gewalttätigkeiten und Kirchenbesetzungen, als die Anhänger Filarets mit Hilfe bewaffneter

irregulärer Einheiten versuchten, Priester und Bischöfe zum Übertritt zu bewegen. Es gab nächtliche Überfälle auf das Kiewer Höhlenkloster, wo Metropolit Wolodimir seine vorläufige Residenz eingerichtet hatte.

Das Moskauer Patriarchat unternahm angesichts der Unruhe in der Ukraine nun doch Schritte, um in der Gemeinschaft mit den Patriarchen des Ostens die Ukraine in die Autokephalie zu entlassen. Es ist jedoch offen, ob dieser Schritt rasch vollzogen werden kann. Nur klare kirchenpolitische Entscheidungen, die Ausschaltung Filarets und eine Annäherung an die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche können weiteren Schaden von der Orthodoxie in der Ukraine abwenden. Die innerkirchlichen Grabenkämpfe der vergangenen Jahre haben einer Gesellschaft, die gerade erst aus dem Trauma einer atheistischen Diktatur heraustritt, ein schlimmes Zerrbild von Kirche und Christentum vor Augen geführt.

Gerhard Simon

Kurzinformationen

Die Botschaft des Papstes zum 26. Weltfriedenstag

Die *Armut* als Folge und Ursache weltweiter Konflikte und Kriege stand im Zentrum der Botschaft Johannes Pauls II zur Feier des 26. Weltfriedentages am 1. Januar dieses Jahres: Friede beschränke sich nicht auf die Abwesenheit von Kriegen. Vom Frieden zu reden heiße immer, Voraussetzungen zu fordern für die wahre Achtung der Würde und Rechte jedes Menschen, so daß ihm seine volle Verwirklichung ermöglicht werde. Jede Ausbeutung von Armen, die selbst in den Ländern des Nordens, erst recht aber zwischen Nord und Süd wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die besorgniserregenden Elendszonen, die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die täglich Hunger litten und am Rande der Weltgesellschaft dahinvegetierten, all dies stelle nicht nur eine massive Verletzung der Würde der Menschen dar, sondern sei ebenso das entscheidende Hindernisse bei der Verwirklichung eines stabilen Friedens in der Welt. Neben konkreten Änderungen – etwa im Blick auf die

Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, Teilrückzahlungen zu erwägen und die Auflagen der Rückzahlungsverpflichtungen ebenso wie die zur Gewährung weiterer Hilfen zu überdenken – fordert der Papst vor allem ein deutlich anderes Konsumverhalten in den Industrieländern. Dabei wiederholt er seine Kritik an einem ausschließlich am Gewinn orientierten Kapitalismus. „Im Interesse des Menschen ist es daher dringend notwendig, an den ökonomischen Mechanismen jene notwendigen Zusätze anzubringen, die eine gerechtere und angemessenere Güterverteilung garantieren können.“ Zu Beginn seiner Botschaft beklagt Johannes Paul II. die dramatische Lage in Bosnien-Herzegowina in der sich anscheinend nichts der sinnlosen Gewalt der Waffen widersetzen könne. Angesichts dieser „irren Logik des Krieges“ fordert die Botschaft wirksamere internationale Maßnahmen für die Opfer der Konflikte, insbesondere für die Flüchtlinge. Grundsätzlich müsse erkannt werden, so die Weltfriedensbotschaft, „daß sich mit Krieg nichts lösen läßt; vom Krieg alles gefährdet wird.“

Johannes Paul II. warnt gegenüber deutschen Bischöfen vor „überzogenen Asylvorstellungen“

In seiner Ad-limina-Ansprache vom 19. Dezember vor der Gruppe der südwestdeutschen Bischöfe sowie der Bischöfe der Bistümer Limburg und Fulda ging Johannes Paul II. im Zusammenhang mit dem *Asylthema* ausführlich auf die Spannung zwischen der grundsätzlichen christlichen Haltung und der politischen Herausforderung ein. Auch wenn das Gebot der Nächstenliebe verpflichtend sei und bleibe, so müsse die Kirche doch auch die Tatsache ernst nehmen, daß immer mehr Menschen das Gefühl hätten, der Zustrom von Asylbewerbern führe zu einer Überforderung. Die unveräußerliche Menschenwürde eines jeden müsse „zwischen dem ethisch Gebotenen und dem tatsächlich Machbaren“ garantiert werden: „Es besteht die Gefahr, daß das Gebot unseres christlichen Glaubens, Fremde aufzunehmen und Gastfreundschaft zu gewähren, bei überzogenen Asylvorstellungen nicht mehr eingehalten werden kann.“ Die

Bischöfe sollten, so der Papst, mithelfen, daß das „wertvolle Gut des Asylrechts“ durch eine praktikable Lösung und Präzisierung erhalten werden könne und daß eine „Gesinnungsethik“ vermieden werde, „die als Theorie keinen Bezug zum wirklichen Leben hat“. Ausgehend von Themen wie Abtreibung und einem problematischen Verständnis von Sterbehilfe machte der Papst Bemerkungen zum Umgang mit dem Gewissen: „Die Berufung auf das Gewissen geschieht heute oft ohne ein Minimum an Reflexion über seine eigentliche Funktion. Das Argument der Würde des Gewissens darf nicht gegen die Bedeutung sittlicher Wahrheit im Handlungsvollzug ausgespielt werden, so als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun“. In Bezug auf die Auseinandersetzung um das *Abtreibungsrecht* in Deutschland bejahte der Papst die Bemühungen der Bischöfe, „den in Bedrängnis geratenen Frauen (auch dann) beizustehen, wenn sie sich gegen das beginnende Leben entschieden haben sollten“. In seiner Ansprache am 14. Dezember vor den nordwestdeutschen Bischöfen hob der Papst u. a. anerkennend die regelmäßigen Kontakte der Bischöfe zu den *theologischen Fakultäten* hervor und fügte hinzu, sie möchten darauf hinwirken, daß diese Kontakte zu einem „von der Liebe zur Kirche geprägten Verhältnis zwischen dem Amt der Bischöfe und der Aufgaben der Professoren der Theologie beitragen. Eine hohe wissenschaftliche Qualifikation der Professoren allein genügt nicht; es gehört vielmehr zu ihrer Berufung, daß sie den Glauben der Kirche auch in der Lehre und mit ihrem Lebensbeispiel bezeugen“.

Bischof Walter Kasper zur geistigen Lage nach dem Scheitern des Marxismus

In seiner diesjährigen Neujahrsansprache ging der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, *Walter Kasper*, auf eine Reihe von innerkirchlich wie im Verhältnis von Kirche und Gegenwartskultur aktuellen Fragen ein und berichtete in dem

Zusammenhang vom Ad-limina-Besuch der deutschen Bischöfe bei Papst und Kurie (vgl. ds. Heft, S. 102f.). Zur geistigen Situation in Ost und West nach dem „Scheitern der marxistischen Utopie“ meinte er, im Grunde sei hier wie dort ein „großes geistiges Vakuum entstanden“. Es herrschten postmoderne Beliebigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheitsfrage. Nach dem Sieg der Freiheit sei nun ein Streit um das rechte Verständnis und die rechte *Verwirklichung der Freiheit* aufgebrochen. Auf der einen Seite stehe ein emanzipatorisches Freiheitsverständnis, das eine für alle verbindliche Wahrheit in Abrede stelle und deshalb im Nihilismus ende; auf der anderen Seite das aus jüdisch-christlichen und humanistischen Traditionen stammende Verständnis, wonach es sinnvolle und erfüllte Freiheit nur in Verantwortung vor der Wahrheit und in Verantwortung für die anderen gebe. Der Papst habe dies als den entscheidenden Punkt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung bezeichnet und zugestimmt, „daß letztlich dieser Streit im Hintergrund des Kulturkampfes steht, den einige meinungsführende Medien in unserem Land gegenwärtig – teilweise mit großer Gehässigkeit – gegen die Kirche und gegen das Christentum führen“. Der emanzipatorische Liberalismus erweise sich als totalitärer Liberalismus. In dieser Situation müsse man sich einmischen, offensiv werden und dabei deutlich machen, daß es „auch uns um die Freiheit geht“. Dabei werde es darauf ankommen, „die legitimen Anliegen der neuzeitlichen Freiheitsgeschichte aufzugreifen, ohne deren Engführungen zu verfallen und aufzuzeigen, wie Gott Grund, Garant und Inhalt menschlicher Freiheit ist, die nur die Freiheit aller sein kann“. Zur *Personalsituation in den Gemeinden* merkte Kasper an, es bestehe gegenwärtig die Gefahr, daß durch die Delegation vieler Leitungsaufgaben, welche bisher von Priestern wahrgenommen worden seien, auf Laien und vor allem durch die priesterlosen Gottesdienste an Sonntagen die für das katholische Kirchenverständnis entscheidende sakramentale und eucharistische Struktur

aus dem Blick geräte und durch nichtsakramental begründete Strukturen überlagert werde. Der Priestermangel schaffe mithin nicht nur ein quantitatives, sondern vor allem ein qualitatives Problem.

Ökumenischer Rat der Kirchen veröffentlicht wirtschaftspolitisches Studiendokument

Aus der Geschichte des ökumenischen Dialogs über das Wirtschaftsleben sei ersichtlich, daß Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens nicht in weltweit gültige und anwendbare politische Wirtschaftsmodelle oder Gesellschaftsentwürfe umgesetzt werden könnten. Unter diese ausdrücklich formulierte Prämisse hat der ÖRK, der mit seinen wirtschaftspolitischen Äußerungen immer wieder dem Vorwurf der Naivität und der Dialogunfähigkeit mit Wirtschaft und Wirtschaftstheorie ausgesetzt war, sein jüngst veröffentlichtes Studiendokument „Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft“ gestellt. Dieses war nach einem mehrjährigen umfassenden Beratungsprozeß vom ÖRK-Zentralausschuß bei seiner letzten Vollversammlung im August vergangenen Jahres angenommen und den Mitgliedskirchen zur Beratung und Beschlußfassung empfohlen worden (vgl. HK, Oktober 1992, 481). Ebenso wie Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem kontextuell sein müßten, dürften die durchaus notwendigen theologischen Grundsätze, die als Kriterien und Kompaß in den jeweiligen historischen und sozialen Kontexten dienen müßten, nur im Dialog mit den empirischen Untersuchungen der zeitgenössischen Probleme zu „Wegweisern“ für die Praxis werden. Vier solche Wegweiser werden in dem Dokument formuliert: Eine christliche Auseinandersetzung mit den bestehenden Wirtschaftssystemen müsse sich grundsätzlich orientieren an dem essentiellen Gutsein der geschaffenen Ordnung und der menschlichen Verantwortung für sie, an der Unveräußerlichkeit von Freiheit und Wert jedes Menschen, an der prinzipiellen Heilssorge

Gottes für alle Menschen, die keine Schranken zwischen Menschen dulde und an Gottes Gerechtigkeit, die vorrangig in der „Option für die Armen“ entdeckt werden könne. Diese Wegweiser werden anschließend kritisch auf eine in neun Punkten zusammengefaßte Problemliste der heutigen Weltwirtschaft bezogen, um damit zu konkreten Kriterien für Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft zu finden. Vorrangig behandelt werden dabei die Problemereiche des beschränkten Zugangs zu den wichtigen weltwirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen und die Vereinbarkeit von „wirklicher politischer Freiheit“ sowohl mit geeigneten Wirtschaftssystemen als auch mit weitreichenden sozialen und umweltschützenden Maßnahmen.

Das polnische Parlament verabschiedete ein neues Abtreibungsgesetz

Mit 213 gegen 171 Stimmen bei 29 Enthaltungen verabschiedete der Sejm, die erste Kammer des polnischen Parlaments, am 7. Januar ein neues Abtreibungsgesetz. Der Antrag, eine Volksabstimmung zum neuen Abtreibungsrecht abzuhalten, fand zuvor keine Mehrheit. Nach dem nunmehr verabschiedeten Gesetz ist die Abtreibung nur erlaubt im Fall von Gefahr für das Leben der Mutter, bei einer unheilbaren Krankheit des Ungeborenen oder wenn das Kind durch Vergewaltigung oder Inzest gezeugt wurde. Eine Gefängnisstrafe droht jedoch nicht der Mutter, die eine Abtreibung hat vornehmen lassen, sondern nur den Ärzten und anderen an der Abtreibung beteiligten Personen. Gegenüber einer ursprünglich restriktiveren Fassung war die Gesetzesvorlage abgeschwächt worden. Das Gesetz bedarf noch der Bestätigung durch die zweite Kammer, den Senat. Ein durch katholische Abgeordnete eingebrachtes und restriktiveres Abtreibungsgesetz als das nun verabschiedete war im Februar 1989 vom Parlament verworfen worden. Obwohl sich mit dem neuen Abtreibungsgesetz nicht alle Forderungen

der Kirche erfüllt haben, begrüßte Kardinal *Józef Glemp* die gefundene Lösung als einen „Fortschritt“ gegenüber der bislang geltenden freizügigen Abtreibungsregelung, die zu Zeiten des kommunistischen Regimes galt. Andererseits machte Glemp auch verschiedentlich deutlich, daß das neue Gesetz nicht den Prinzipien des christlichen Glaubens entspreche. Er erhoffe sich von der Überprüfung durch den Senat noch Verbesserungen im Sinne der „christlichen Lehre“. Auch Papst Johannes Paul II. äußerte sich vor polnischen Bischöfen, die aus Anlaß ihres Ad-limina-Besuches von ihm empfangen wurden, positiv zur neuen Regelung. Dadurch würde niemandem christliche Prinzipien aufgezwungen, vielmehr werde das Grundrecht des Menschen auf Leben verteidigt. Der Papst beklagte die hohe Zahl an Abtreibungen und den Gebrauch von künstlichen Mitteln zur Empfängnisregelung. Gegner des neuen Abtreibungsrechts bemängeln vor allem das Fehlen jedweder sozialen Indikation. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Diskussion um das Abtreibungsrecht ist das Verhältnis von Staat und Kirche bzw. der politische Einfluß, den die Kirche ausübt, Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung geworden. Vor einer anderen Gruppe von polnischen Bischöfen verteidigte der Papst die Rolle der Kirche in Polen als „Wächterin über die moralische Ordnung“ und als „kritisches Gewissen“. Die Kirche präsentiere sich weder als „Konkurrent noch als ein Partner im politischen Spiel“. Sie sei keine politische Partei und identifiziere sich auch mit keiner politischen Partei. Keine Partei dürfe sich das Recht anmaßen, die Kirche zu repräsentieren.

Weihnachtshirtenbrief des Erzbischofs von Mecheln-Brüssel über die christliche Jenseits Hoffnung

In seinem Weihnachtshirtenbrief 1992 hat der Erzbischof von Mecheln-Brüssel, Kardinal *Godfried Danneels*, zu einer Neubesinnung auf die christliche

Botschaft vom Jenseits aufgerufen, um dieses Feld nicht falschen Propheten und Glücksvorstellungen zu überlassen. Der Hirtenbrief mit dem Titel „Das Paradies. Wahre Hoffnung und falsche Erwartungen“ spricht davon, daß das Glücksverlangen unserer Zeitgenossen nicht zögere, neue Himmel und neue Offenbarungen zu erfinden: „Es hat den Anschein, als ob das Austrocknen der wahren christlichen Offenbarung den Weg für zahllose andere Parallel-offenbarungen freimachen würde.“ Die nachkonziliare Verkündigung habe in ihrem lobenswerten Bemühen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, realistisch und objektiv zu sein, nicht nur den barocken Stil abgelegt, sondern gleichzeitig auch dazu geführt, daß sich ein Teil des Glaubensinhalts im Nebel verflüchtigt habe. Im Gegenzug dazu müsse die Kirche heute von der Hoffnung, der Wiederkunft Christi und den „letzten Dingen“ sowie vom Verhalten des Christen in der Perspektive der Wiederkunft Christi sprechen. Auf diesem Hintergrund handelt der Hirtenbrief von der christlichen Hoffnung in ihrem Verhältnis zu Glaube und Liebe und verdeutlicht an den drei matthäischen Endzeitgleichnissen vom treuen Knecht, von den törichten und klugen Jungfrauen und von den Talenten die christliche Haltung im Vorblick auf den wiederkommenden Herrn. Die Weltferne der Mönche und das Weltengagement der Laien beschreibt Danneels als komplementär: „Die vorläufige und die endgültige Wirklichkeit sind zutiefst miteinander verbunden. Der Christ muß deshalb den vorletzten Dingen ihre Bedeutung zuerkennen und gleichzeitig um so deutlicher die letzten Dinge verkünden.“ Der Hirtenbrief warnt davor, im Blick auf das Jüngste Gericht nur auf die zu erbringenden guten Werke zu achten und dabei die Freude auf die Wiederkunft Christi zu vergessen. Das Ausmalen der himmlischen Seligkeit ist für Danneels keine „verbotene Frucht“, solange das Entscheidende gewahrt bleibt: „Der christliche Himmel besteht darin, Gott und das Lamm zu sehen. Das müssen wir wissen und mehr brauchen wir nicht zu wissen.“